

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt U&K

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnements-
preis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg,
Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wochentl. oder M. 1,75
monatl. Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 1,80 u. viertel-
jährlich M. 8,00. Feldpost-Abonnements M. 1,90 monatl. Inserations-
preis die Zeile 80 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag, für Stellenangebote und
Gesuche 70 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten
70 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort
30 Pf. mit 50% Zuschlag. — Redakt. u. Haupt-Exped.: S.W. Jerusalem
Str. 49-49. — Tel.: Zentrum Nr. 10191-10194; L.S. Fernverh. Nr. 14207-14209.
Chefredakteur: Otto Naschke.

Filialen: Moritzpl., Koppenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-6, Frankl. Allee 228, Frankl.
Allee 246, Gr. Frankl. Str. 101, Gieseler Str. 127, Schön. Allee 164, Scheibauerstr. 4
Fehrer, Müllerstr. 12, Radstr. 61, Königsstr. 60-67, Rosenau Str. 48, Reichenow
Str. 3, Turmstr. 61, Potsd. Str. 23, Leipziger Str. 105, Zimmerstr. 50, Büchelerstr. 69
Charlottenb. Tüntenstr. 2, Kaiser Str. 24, Schwanenstr. 23, Nürnberg Str. 26-28
Friedenau Rohnstr. 10, Hallesche-Grünwald, Jüdischenplatz, Liebenberg
Frankl. Allee 241, Lichtenfelde-West Caristr. 1-2, Neukölln Berliner Str. 41
Hermannstr. 63-64, Pankow Bornholmer Str. 1, Schmarandorf Breita Str. 10
Schöneberg Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 2, Segitz Albrechtstr. 125
Tagel Berliner Str. 13, Tempelhofer Berliner Str. 147, Wilmersdorf Ulland-
str. 88, Hradonburg Hauptstr. 4, Frankfurt a.O. Regerstr. 43, Potsdam
Brandenburger Str. 33, Spandau: Heide Str. 47, Stettin Paradenplatz 8
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Fortschrittende Befreiung Berlins.

Der Kampf gegen die Spartacisten.

Berlin, 8. März. (B. L. B.)
Die vergangene Nacht und der heutige Vormittag brachten
den Regierungstruppen unter Führung der
Gardeavalleriehöflichkeitsdivisionen unter Führung der
Garde...
Besonders in der Potsdamer, Frankfurter und
Langestraße waren Barricaden errichtet. Die frei-
willigen Truppen der Regierung erhielten den Auftrag,
bis heute mittag das Gelände bis zum Bahnhof Schön-
hauser Tor, Schlesischer Bahnhof, Wrixplatz
von den Händen zu säubern. Nach wenigen Stunden wurden
die beabsichtigten Ziele glatt erreicht. Um unnötige Verluste
zu vermeiden, wurde bei heftigem Widerstand mit
Artillerie und Mincumern vorgegangen. Auf
diese Weise gelang es, die fanatisierten Verteidiger ohne er-
hebliche eigene Verluste überall zu schlagen. Die Verluste
des Gegners sind sehr schwer. In lebhafteren Kämp-
fen kam es besonders am Andreasplatz,
Aber auch hier wurde in energischem Zu-
sammen mit den Widerstand schnell gebrochen. Aufeinander
gehenden die Spartacus-Anhänger ihre Sache immer noch nicht
verloren. Sie sind entschlossen, ihr Widerstandsfeld in die
östlichen Vororte Berlins zu verlegen. Die Stim-
mung in den Stadtteilen, welche einige Tage unter dem
Terror von Spartacus gestanden haben, ist überall zu-
gunsten der Regierung umgeschlagen. Die Regierung und
die militärische Zeitung, die noch bei der Gardeavallerie-
höflichkeitsdivision liegt, sehen der weiteren Entwicklung mit
zögerlicher Invidiosität entgegen.

Eine zweite Spartacus-Woche ist es, die sich in
Berlin abrollt. Ein regulärer zweiter Spartacus-Aufstand.
Unter dem schützenden Mantel des Generalstreiks haben die
Spartacisten zu dem für diesen Monat seit langem geplanten
zweiten Schläge ausgeholt, der sie endgültig zum Siege führen
sollte. Es ist anders gekommen, dank dem energischen Ein-
schreiten der Regierung.

Aus der Bohm-Druckerei wurden die Spartacisten nach
verhinderter Gegenwehr von dem Freikorps Bohm gegen 3 Uhr
hinausgetrieben und zogen sich nach den gegenüberliegenden Häusern
der Wälinger-Gesellschaft zurück, in denen sie sich stark verschanzten
und von denen aus sie den Kampf neu aufnahmen. Die Regierungstruppen
zogen einen Kordon vom Prenzlauer Tor, die Saarbrücker
Straßen entlang bis zum Schönhauser Tor und verschlossen den
Spartacisten alle Zugänge. Von den Regierungstruppen wurde
mit Revolverkugeln von dem hoch gelegenen Prenzlauer Berge aus
geschossen. Die Häuser der Umgebung haben erheblich gelitten. Der
Friedrichshain ist von Regierungstruppen völlig besetzt
worden. An dortigen, strategisch wichtigen Punkten hat das Frei-
korps Geschütze und leichte Revolverkugeln aufgestellt. Kleinere
Schleppschiffe entwickelten sich in der Nähe der
Vorholerinsel. Dort hatten sich Spartacisten auf den Dächern
der Häuser festgesetzt und wurden von Stofstrüps, die auf gedeckten
Kostwagen standen, nach längerem Gefecht heruntergeschleudert.

In der Großen und Kleinen Frankfurter Straße
herrschte im Laufe des gestrigen Nachmittags verhältnismäßig Ruhe.
An der Ecke der Blumenstraße und des Grünen Wegs waren Geschütze
und Minenwerfer aufgestellt und machten die Straße frei. Die
Auffständischen besetzten die Frankfurter Allee zum größten Teil räumen,
nachdem die dort befindlichen Barricaden zusammengebrochen worden
waren. Leider ging die Säuberung der einzelnen Viertel und Straßen
nicht ohne schwere Unfälle ab. So fuhr eine verirrte Granate in
das Postamt 74 am Krauswälder Platz und verletzte zwei Postbeamte
schwer. Der eine starb bereits auf dem Wege zum Krankenhaus.
Mehrere, an Schalter stehende Personen erhielten leichtere Ver-
letzungen. In der Pasteurstraße freipierte eine Granate, durch die ein
dort wohnender Beamter, dem ein Splitter in den Hinterkopf drang,
getötet wurde, vier andere Personen wurden leicht verletzt. Die
Situation in der Frankfurter Allee hat sich im Laufe des
Tages ebenfalls zugunsten der Truppen geklärt. Überall haben die
Auffständischen das Material aufgegeben, Fahrzeuge umgestürzt und
führten hinter diesen festen Brustwehren den Kampf gegen die an-
rückenden Truppen.

Im Berliner Polizeipräsidium
herrscht Hochbetrieb. Ununterbrochen werden Leute eingeliefert, die
den Regierungstruppen Ununterbrochen entgegengekehrt haben oder beim
Plündern von diesen betroffen worden sind. Viele Plünderer wurden
nachträglich bei der Durchsuchung der Wohnungen nach Waffen ent-
deckt. Wenn die Soldaten nach Waffen suchten, so stießen sie in vielen
Fällen auf Diebesbeute, die aus den Geschäften herrührt, die
in den letzten Tagen und Nächten beraubt worden sind. Neben Gold-
und Schmuckstücken fanden die Soldaten große Lederrollen, Tüch-
lein usw., aber auch viel wertloses Zeug, wie Nippachen, Gips-
figuren und ähnliches, das die Leute in ihrer Randgier in ihre Woh-
nungen geschleppt hatten. Eine Unmenge Geschäfte in der Großen

Die Sozialisierung vor der Nationalversammlung.

Weimar, 8. März.
O. N. Die deutsche Nationalversammlung hat bereits am
Freitag die erste Lesung des allgemeinen Sozialisierungs-
gesetzes begonnen und diese Beratung sofort mit dem Kohlen-
gesetz, der ersten praktischen Anwendung des Gemein-
schaftsgebändens, verbunden. Der Reichswirtschaftsminister
Wissell leitete die Beratungen mit einer gut überlegten,
gehaltvollen Rede ein. Wissell lehnte jede Revolutionierung
des Wirtschaftslebens ab. Er bestritt auch, daß die Vorlage
ein fobiel richtig, daß bereits das Arbeitsprogramm der Mehrheit
die Sozialisierung privatmonopolistisch entwickelter Groß-
betriebe vorsehe. Immerhin dürfte die Streikbewegung nicht
ohne Einfluß auf die Beschleunigung der Vorlage gewesen
sein. Jede Gesetzgebung ad hoc ist aber von Uebel. Der hohe
ethische Gehalt des Gemeinwirtschaftsgebändens muß leiden,
wenn er in der Form einer Gelegenheitsgesetzgebung verwirk-
licht wird. Den Begriff der Sozialisierung umschrieb der
Wirtschaftsminister ganz glücklich mit dem Satz: „Gemein-
wirtschaft bedeutet nicht Staatswirtschaft, sondern Selbst-
verwaltung“. Nur wenn die wirtschaftlichen und finanz-
politischen Ziele mit einer guten Sozialpolitik vereinigt wer-
den, kann die Sozialisierung gegenwärtig wirksam sein. Wissell
ließ es auch nicht an ersten Ermahnungen an die Adresse
der Arbeiterschaft fehlen. Die sozialistische Idee habe,
so sagte er mit Recht, die Pflichtgebundenheit zur Vor-
aussetzung. Von den Mehrheitssozialisten sprach der Berg-
arbeiterführer Huß, der einer allgemeinen Sozialisierung
das Wort redete. Das Zentrum entwarf einen neuen Mann,
den Farrer Braun, der rhetorisch sehr gut, aber sachlich
rechtlich akademisch sprach. Nach vielen kritischen Einwen-
dungen legte er doch zum Schluß eine klare Bekenntnis zur
Gemeinwirtschaft ab: die neue Zeit verlange auch neue
Formen der Wirtschaft. Er meinte sogar, Deutschland werde
mit diesem Gesetz erst recht vorbildlich werden und die Ge-
meinwirtschaft sei eine große Tat in der Kulturgeschichte
der Menschheit. Daß der Redner der schwer-
industriellen Deutschen Volkspartei, der Essener Rechtsan-
walt Kempes, die Vorlage rundweg ablehnte, versteht sich
von selbst. Der Wirtschaftsminister Wissell wies die Unter-
stellung des Volksparteilers scharf zurück, daß die Vorlage
selbstig ein Nachgeben gegenüber den revolutionären Massen
sei. In später Stunde kam für die Deutsche demokratische
Partei der Abgeordnete Dernburg zum Wort, der zwar die
Privatwirtschaft für den Regelfall anerkannt wissen wollte,
aber die Vorlagen für Volkswirtschaftlich unerlässlich be-
zeichnete. Es müßten neue Wege in unsere wirtschaftliche Zu-
kunft führen, und wenn man eine Abwanderung unserer In-
teligenz und unserer Arbeiter ins Ausland verhindern wolle,
dann müßte die Gesamtheit auf die Güterverteilung und
Güterverteilung einen größeren Einfluß nehmen. Mit Recht
wies er darauf hin, daß das allgemeine Gesetz nur ein
Bekanntnis zu einem Grundbaue. In dem ersten Paragraphen
werde der kategorische Imperativ in Gesetzform aufgefaßt. Aber
die ständige Forderung zur Arbeit nicht erfüllt, müße auch
wichtiger sozialer Rechte verloren gehen. Der deutschdemo-
kratische Redner betonte jedoch die Notwendigkeit, alle konkreten
Gesetze eingehend zu prüfen, und er beantragte darum auch
die Ueberweisung der beiden Vorlagen an den Haushalts-
ausschuß.

Standrechtlich erschossen
wurden gestern zwei Personen, die einen Sergeanten der Regie-
rungsgruppe überfallen und ermordet hatten. Als der
Sergeant ein Geschäft in der Kaiserstraße betrat, um dort etwas
einzukaufen, fielen zwei Männer über ihn her und schnitten ihm die
Halschlagader durch. Es gelang anderen Regierungssoldaten, die Mörder zu
ergreifen. Sie brachten sie nach dem Polizeipräsidium, wo die er-
richtelten Soldaten die Mörder ihres Kameraden standrechtlich er-
schossen. Demelben Schicksal verfiel ein Chauffeur, der mit
anderen drei Regierungssoldaten erschossen hatte.

In den östlichen Vororten.
Nachdem die Regierungstruppen die Spartacisten im Osten der
Stadt immer mehr zurückgedrängt hatten, hielt es viele für an-
gebracht, sich auf die östlichen Vororte zurückzuziehen. Hierzu
benutzten sie, wie uns von dort berichtet wird, den Wasserweg.
Mehrere Schleppdampfer, dicht besetzt mit Matrosen, Soldaten und
Zivilisten, fuhrten die Spree entlang über den Dämmertich, Haken-
und Kaffee, legten dort an, und die Passagiere marschierten geschloffen
nach Tassdorf und Wiesdorf. Wie es scheint, beabsichtigen sie
sich dort festzusetzen. Auch in den Berlin näher gelegenen Orten, be-
sonders in Karlshorst und Köpenick, sind Bänden von Spartacis-
ten aufgetreten. Der Bahnhof Köpenick ist von ihnen
besetzt und teilweise die Gleise aufgerissen. Der Vorortverkehr nach
Körner ist dadurch unterbrochen. Es verkehren nur noch
Pendelzüge zwischen Berlin und Karlshorst und zwischen Friedrichs-
hagen und Körner.

Die Kaiserstandarte.
Von Spartacisten gehißt — von Offizieren heruntergeholt.
Gestern nachmittag gehißt Spartacisten, die sich in das
Schloß eingeschlichen hatten, die Kaiserstandarte. Diesem Un-
guck, der sichtlich darauf angelegt war, die Bevölkerung in Aufregung
zu versetzen, haben die an Ort und Stelle befindlichen Offiziere
des Korps Lüttich sofort ein Ende bereitet. Die Flagge wurde
heruntergeholt.

Die Räteversammlung
für Wiederaufnahme der Arbeit.
Die Volkerversammlung des Berliner Arbeiter-
und Soldatenrats beschäftigte sich gestern nachmittag mit der
Frage der endgültigen Aufhebung des Generalstreiks der
Berliner Arbeiterschaft. Nach einer allgemeinen Diskussion über die
Lage, die nichts Neues brachte, erklärten ein Vertreter der Pots-
damer Eisenbahnwerkstätten, daß sich seine Mandatgeber
gegen die Aufhebung des Generalstreiks erklärt hätten, ebenso ein
Vertreter der Arbeiterschaft von Köpenick, der ausführte, die ganze
Arbeiterschaft von Köpenick wolle im Generalstreik verharren.
Dem zweiten Redner wurde von einem anderen Vertreter der dortigen
Arbeiterschaft widersprochen.

Darauf nahm die Versammlung den Bericht der Kommission
entgegen, die heute mit Röske über die Bedingungen, die die Ar-
beiter für die Wiederaufnahme der Arbeit gestellt hatten, verhandelt
hatte. Nach einer kurzen Debatte, in der ein Vertreter der sozial-
demokratischen Arbeiterräte die Forderung Röskes als annehmbar er-
klärt hatte, nahm die Versammlung folgenden Antrag an:
„Der Generalstreik wird für beendet erklärt
und den Arbeitern wird empfohlen, die Arbeit sofort
aufzunehmen. In Betrieben, die militärisch
besetzt sind, wird die Arbeit erst aufgenommen, wenn
die militärische Besetzung zurückgezogen ist. Die
Namen der aus Anlaß des Streiks Verhafteten sind
dem Volksgesetz mitzuteilen, der sofort Sorge zu tragen
hat, daß diese Personen freigelassen werden.“
Die Annahme des Antrages erfolgte mit erheblicher
Mehrheit.

Zum Schluß fand noch ein weiterer Antrag Annahme, nach dem
mit dem Berliner Magistrat und dem Stadtvorordnetenkollegium
wegen Bildung einer kommunalen Soldatenwehr sobald
wie möglich in Verhandlungen getreten werden soll.

Nachdem die städtischen Elektrizitätswerke nach
völliger Arbeitsniederlegung ihrer ganzen Belegschaft einen Not-
betrieb im größten Umfange mit militärisch-technischer
Hilfe haben einführen und durchführen können, hat die Arbeit-
erschaft der städtischen Elektrizitätswerke die Arbeit wieder auf-
genommen.

Die Sozialisierung vor der Nationalversammlung.

Die deutsche Nationalversammlung hat bereits am
Freitag die erste Lesung des allgemeinen Sozialisierungs-
gesetzes begonnen und diese Beratung sofort mit dem Kohlen-
gesetz, der ersten praktischen Anwendung des Gemein-
schaftsgebändens, verbunden. Der Reichswirtschaftsminister
Wissell leitete die Beratungen mit einer gut überlegten,
gehaltvollen Rede ein. Wissell lehnte jede Revolutionierung
des Wirtschaftslebens ab. Er bestritt auch, daß die Vorlage
ein fobiel richtig, daß bereits das Arbeitsprogramm der Mehrheit
die Sozialisierung privatmonopolistisch entwickelter Groß-
betriebe vorsehe. Immerhin dürfte die Streikbewegung nicht
ohne Einfluß auf die Beschleunigung der Vorlage gewesen
sein. Jede Gesetzgebung ad hoc ist aber von Uebel. Der hohe
ethische Gehalt des Gemeinwirtschaftsgebändens muß leiden,
wenn er in der Form einer Gelegenheitsgesetzgebung verwirk-
licht wird. Den Begriff der Sozialisierung umschrieb der
Wirtschaftsminister ganz glücklich mit dem Satz: „Gemein-
wirtschaft bedeutet nicht Staatswirtschaft, sondern Selbst-
verwaltung“. Nur wenn die wirtschaftlichen und finanz-
politischen Ziele mit einer guten Sozialpolitik vereinigt wer-
den, kann die Sozialisierung gegenwärtig wirksam sein. Wissell
ließ es auch nicht an ersten Ermahnungen an die Adresse
der Arbeiterschaft fehlen. Die sozialistische Idee habe,
so sagte er mit Recht, die Pflichtgebundenheit zur Vor-
aussetzung. Von den Mehrheitssozialisten sprach der Berg-
arbeiterführer Huß, der einer allgemeinen Sozialisierung
das Wort redete. Das Zentrum entwarf einen neuen Mann,
den Farrer Braun, der rhetorisch sehr gut, aber sachlich
rechtlich akademisch sprach. Nach vielen kritischen Einwen-
dungen legte er doch zum Schluß eine klare Bekenntnis zur
Gemeinwirtschaft ab: die neue Zeit verlange auch neue
Formen der Wirtschaft. Er meinte sogar, Deutschland werde
mit diesem Gesetz erst recht vorbildlich werden und die Ge-
meinwirtschaft sei eine große Tat in der Kulturgeschichte
der Menschheit. Daß der Redner der schwer-
industriellen Deutschen Volkspartei, der Essener Rechtsan-
walt Kempes, die Vorlage rundweg ablehnte, versteht sich
von selbst. Der Wirtschaftsminister Wissell wies die Unter-
stellung des Volksparteilers scharf zurück, daß die Vorlage
selbstig ein Nachgeben gegenüber den revolutionären Massen
sei. In später Stunde kam für die Deutsche demokratische
Partei der Abgeordnete Dernburg zum Wort, der zwar die
Privatwirtschaft für den Regelfall anerkannt wissen wollte,
aber die Vorlagen für Volkswirtschaftlich unerlässlich be-
zeichnete. Es müßten neue Wege in unsere wirtschaftliche Zu-
kunft führen, und wenn man eine Abwanderung unserer In-
teligenz und unserer Arbeiter ins Ausland verhindern wolle,
dann müßte die Gesamtheit auf die Güterverteilung und
Güterverteilung einen größeren Einfluß nehmen. Mit Recht
wies er darauf hin, daß das allgemeine Gesetz nur ein
Bekanntnis zu einem Grundbaue. In dem ersten Paragraphen
werde der kategorische Imperativ in Gesetzform aufgefaßt. Aber
die ständige Forderung zur Arbeit nicht erfüllt, müße auch
wichtiger sozialer Rechte verloren gehen. Der deutschdemo-
kratische Redner betonte jedoch die Notwendigkeit, alle konkreten
Gesetze eingehend zu prüfen, und er beantragte darum auch
die Ueberweisung der beiden Vorlagen an den Haushalts-
ausschuß.

Die katastrophale Wirtschaftslage.

Die Folgen des Streiks.

Vom Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung wird folgender Bericht über die Lage unterer Wirtschaftslage, oder besser: Wirtschaftslage, abgelesen. Er zeigt, mit unheimlicher Klarheit, wohin wir steuern.

Die Redaktion.

Kohlenknappheit, Rohstoffmangel und Transportkrisis dauern an. Ja, sind durch die Streiks im Ruhrbezirk und in Mittelsdeutschland katastrophal gesteigert worden. Die Lage des deutschen Wirtschaftslebens ist damit in ihr kritischstes Stadium eingetreten.

War vorübergehend eine leichte Besserung der Kohlenlage zu verzeichnen, so dürfte mittlerweile der alte Kohlenstand allorts wieder eingelesen und zum Teil noch erheblich vergrößert sein. In dieser Phase der Krise dürften sich auch alle beherrschenden Maßnahmen als unzureichend erweisen. Der größte Leidtragende an den gegenwärtigen Zuständen bleibt in verstärktem Maße die Industrie, die zu

immer weitergehenden Betriebsbeschränkungen

und -einstellungen und damit Arbeiterentlassungen übergehen muß. Für sie ist eine Besserung der Kohlenlage für die nächsten Monate auch kaum zu erwarten; es ist klar, daß in einzelnen Zweigen der Industrie diese Lage zu kritischen Zuständen führt. Zum Beispiel kann das für die Textil-, Leder-, Metall-, Seifen- und Farbenindustrie unentbehrliche Naphthalin, für das ein Bedarf von 6000 Tonnen vorliegt, nur noch i. H. von 800 Tonnen produziert werden, nur denn überhaupt die chemisch-pharmazeutische Industrie über der Kohlenknappheit völlig zu erliegen scheint. Ähnlich gefährdet ist die Situation in der Spiritusindustrie. Die keramische Industrie liegt in ganzer Reihe fast vollständig still. Auch die Versorgung der Zement- und Ziegelindustrie mit Kohle hat fast gänzlich aufgehört, besonders in Süddeutschland, so daß bei einer Fortdauer des Mangels an Brennstoffen eine **Wiederaufnahme der Bautätigkeit einfach unmöglich** wird. Selbst im Lokomotiv- und Waggonbau wirkt die Kohlennot bereits lähmend, daß bereits heute die für die hiesigen Staatsbahnen benötigten Schienen, ferner das Eisen- und Stabstahl sowie die Bleche für Lokomotiven und Waggonen nicht geliefert werden können. In diesem Industriezweig ist darum eine

gänzliche Stilllegung

in aller Kürze unausbleiblich, falls die ungünstigen Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt fortauern. Auch Ernährungswerte gehen durch das Fehlen an Kohle verloren. Nicht nur, daß den Landwirten oft die Droschföhle nicht geliefert werden kann, es

fehlen auch die für die Schweinemästereien unbedingt notwendigen Brennstoffe. So sehen sich die Mästereien des Bezirks Götting (mehr als 200) genötigt, wegen Kohlemangels den größten Teil ihrer Schweine abzuschlachten.

Neben der Kohlennot ist es der zunehmende Rohstoffmangel, der eine Wiederaufnahme der industriellen Tätigkeit in früherem Maße verhindert. Am dringlichsten ist hier die Not der Textildindustrie, Spinneulen und Webereien, sowie die Mährebetriebe arbeiten. Zum größten Teil überhaupt nicht mehr, zum geringeren Teil mit einer hundertprozentigen Beschäftigung. An Baumwolle ist beispielsweise nur noch 1/3 der Friedensmenge vorhanden, in deren Zuteilung zudem sehr sparsam zu Werke gegangen wird, solange keine Importmöglichkeiten für Textilrohstoffe gegeben sind. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in der Metallindustrie, wo der Bedarf an Edelmetallen nur zu einem kleinen Bruchteil gedeckt werden kann. In einzelnen Branchen sind besonders über den Mangel an den nötigen Rohmaterialien die Kleinteilindustrie, die Elektroindustrie, die Gummiwarenherstellung, die Gasglühbirnenindustrie, die Lack-, Seifen- und Parfümerieherstellung, die Spielwarenindustrie, die Tabak- und Zigarrenfabrikation, schließlich die Gerberei- und Lederindustrie. Selbst die Industrie der

landwirtschaftlichen Maschinen,

die mit Leichtigkeit in der Lage wäre, den Ententeorderungen zu genügen, befürchtet, durch die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung daran behindert zu sein.

Die Transportkrisis, die zu einem großen Teile erst die Ursache der Kohlen- und Rohstoffnot ist, liegt auch weiterhin als schwerste Lähmung auf dem deutschen Wirtschaftsleben. Ganze Industriezweige ruhen, weil keine Kohle und kein Material herbeigebracht werden können. Besonders leidet hierunter auch die Landwirtschaft, in der neben der Kohle Dünger und Saatgut fehlen. In der Industrie verhindert die Verladenot nicht nur die Anfuhr von Rohmaterial und Halbfabrikaten (wodurch vor allem der Stillstand der Veredelungsindustrien herbeigeführt wird), sondern auch die Abfuhr der Fertigerzeugnisse. Infolgedessen verlagern sich die meisten Geschäftskreise, und eine große Menge bestehender Aufträge wird annulliert. Ferner sind die Lager der Betriebe dadurch festzulegen, daß das Betriebskapital vollständig festgelegt und die Weiterarbeit in Frage gestellt ist. Der Mangel führt bei einzelnen Betrieben unmittelbar zur Einstellung. Die Lage des Handels ist unter diesem andauernden Einfluß der Güterpreise geradezu trostlos. Hinzu kommen die Absperrung vom Ausland durch die verschärften Blockade, die Befehle des internationalen Gebietes mit ihren Verkehrsbeschränkungen, sowie die Abschmälerung des gesamten Landes, um die Verkehrsmissere zu einer katastrophalen Höhe emporzutreiben.

sch Reiz den Ruin der deutschen Wirtschaft prophezeit haben, wenn irgendein soziales Gesetz gemacht werden sollte. In der Nachmittags Sitzung suchte der deutsch-nationale Abgeordnete Wallbaum, der sich zu den christlichen Gewerkschaftlern rechnet, den trassen Standpunkt der industriellen Herren etwas abzubauen. Seine Rede war ein schlimmer Wertung. Im Herzen möchte der Arbeiter mit den sozialführenden Teilen der Nationalversammlung gehen, offen sagte er es nicht, weil die schwerindustriellen Geldgeber das nicht dulden. Der folgende Redner, Giesberts, der auch christlicher Gewerkschaftler ist, erinnerte die Bergherren und ihre Sachwalter daran, daß sie durch ihre sozialpolitische Unvernunft und die Einschleppung russisch-polnischer Lohnrücker dem Volkswissen des Nährboden geschaffen habe. Ihr jetziger Widerstand sei der gleiche, wie früher ihr Kampf gegen die Anfänge der Sozialpolitik. Die beiden Vorlagen gingen schließlich an den Sozialausschuß.

Die Nationalversammlung hat in den Tagen, wo in Berlin die Arbeit ruhte, fleißig gearbeitet. Am Montag wurde die Verfassungsdebatte fortgesetzt, in der Reichsminister Preuß noch einmal auf Angriffe von links und rechts antwortete. Der preussische Minister Heine verwahrte sich energisch gegen jede Beschuldigung. Am Dienstag wurde die erste Lesung der Verfassungsvorlage zu Ende geführt und schließlich einer Kommission unter dem Vorsitz des Demokraten Hauptmann überwiesen. Die Mittwoch Sitzung brachte eine Debatte über die Lage in der Ostmark, in der u. a. der Kaiserliche Abgeordnete der Demokraten, Professor Dr. Herrmann, mit einer großangelegten Rede vertreten war.

Ende des Leipziger Generallstreiks.

Leipzig, 8. März.

In einer gemeinschaftlichen Sitzung des hiesigen A. u. S.-Rates und der Betriebsausschüsse wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeit in allen Betrieben am Dienstag früh wieder aufzunehmen.

Erfurt, 8. März.

Heute vormittag wurde der Generallstreik beigelegt. Der Gegenstreik der Bürgerschaft hat damit auch sein Ende erreicht.

Neue Unruhen in Oberschlesien.

Ausdehnung des Belagerungszustandes.

Beuthen, 7. März.

In Radziska sind die Gemeindevorräte gekürzt und für etwa 90 000 Mark Lebensmittel, darunter 300 Zentner Roggen, geraubt worden. In Mikulskisch wurde der Bahnhof gestrichelt, die Beamten misshandelt und verjagt. Auf Bahnhof Postst. wurden die Beamten verjagt und die Schienen ausgerissen. Die Arbeiter bei diesen Ausschreitungen hatten auswärtige Elemente. Der vom Volksrat und Zentralrat der Provinz Schlesien und Oberschlesien rechts von der Oder verhängte Belagerungszustand ist auf den Kreis Königshütte ausgedehnt worden.

Beuthen, 8. März.

Der Zustand hat heute in der Frühlingszeit wieder etwas zugenommen; er umfaßt fünfzehn Gruben. Die Woffgang- und die Graf-Franz-Grube, die die Arbeit gestern wieder aufgenommen hatten, sind wieder ausständig. Auf der Hohenzollergrube ist der Zustand beendet.

Die Einigung in München.

Eine Zweidrittelmehrheit gegen die Radikalen.

München, 8. März.

Der Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte hat in seiner heutigen Vormittagsitzung in lebhafter Ausdrucksweise den Vorschlägen der Einigungskommission Stellung genommen, die unter anderem die Einberufung des Landtags zu einer kurzen Tagung und die Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums mit Einbeziehung eines bauerndemokratischen Landwirtschaftsministeriums vorsehen, und die einen Mittelweg zwischen den Forderungen der Rechten und der äußersten Linken darstellen sollten. Die Redner der äußersten Linken und die Vertreter der Unabhängigen wandten sich auch heute scharf gegen eine Kompromisspolitik. Die Abstimmung ergab die Ablehnung aller Änderungsanträge und Annahme der Vorschläge der Einigungskommission mit etwa Zweidrittelmehrheit. Dr. Lepien erklärte nach der Abstimmung abnehmend den Kommunisten, daß die Mitarbeit in der Regierung ablehnen.

Die neue „Rote Fahne“.

Gegen die Freiwilligen-Verbände.

Das älteste der demagogischen Organe der Reaktion, die „Tägliche Rundschau“, benutzte den Augenblick, wo die Rote Fahne vom Erscheinen ausgeschlossen ist, um deren Geschäft von der anderen Seite her zu besorgen. Sie reichte die Regierung und deren politische Maßnahmen herunter und schreibt, in einem Augenblick, wo die Truppen der Republik im Feuer stehen und neue Werbeaufträge an den Säulen leben:

Wie lange unter solchen Verhältnissen sich Freiwillige finden werden, die das unerfreuliche Geschäft des Kampfes gegen eigene Volksgenossen betreiben wollen, mag dahingestellt bleiben. Wer sein Leben einsetzt, der will auch das Ziel kennen, für das er kämpfen soll. Ein Ziel ist aber bei der Regierung nicht vorhanden; sie tragt hinter den Ereignissen her und stürzt das Reich von einer Krise in die andere.

Die Alldeutschen haben nicht nur die letzten Kriegskredite nicht bewilligt, sie lassen durch ihre Organe ebenfalls auch noch die vorhandene junge Reichsgruppe sabotieren, nur um ihre Giftspitze gegen die verhasste demokratische Regierung zu senden. Das muß gerade in diesem Augenblick amengestellt werden, wo Regierungssoldaten mit ihrem Leben auch für den Bestand der alldeutschen Gefereisfabriken eintreten.

Der preussische Eisenbahnminister, Hoff, der im 68. Lebensjahre steht, hat seinen Abschied genommen. Er führt das Amt noch auf kurze Zeit fort.

Der neue Chef der Reichskanzlei. Geheimrat Regierungsrat Albert aus dem Ministerium des Innern ist zum Unterstaatssekretär ernannt worden. Gleichzeitig ist ihm die Leitung der Reichskanzlei als Nachfolger Kurt Baakes übertragen worden.

Der bayerische Erbkönig in Nordtirol. Den „Jausbruder Nachrichten“ zufolge hält sich der frühere König von Bayern in einem Hotel Nordtirols auf, wo er so lange bleiben wollte, bis der Sturm in Bayern vorübergegangen sei.

Die Sowjetregierung lenkt ein.

Wie ein russischer Funkpruch mittelst, sind die russischen Sowjets zu den Verhandlungen auf den Prinzeninseln unter den nachstehenden, von der Entente aufgestellten Bedingungen bereit:

1. Wiedherstellung der annullierten Anleihen.
2. Verzicht auf revolutionäre Propaganda.
3. Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen der Verbündeten durch Konzeption und Gebietsabtretungen.

Diese Zugeständnisse der Sowjetregierung unterstreichen deutlich die Rechtswendung der russischen bolschewistischen Regierung, die seit Niederwerfung der Spartakisten in Berlin immer mehr in Erdscheinung getreten ist.

Die Notlage der Sowjetregierung wird durch diese Zugeständnisse offenbar. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß das wahnsinnige Regiment der Bolschewisten unhaltbar geworden sei, daß sie nicht mehr ein und aus wählten und nach allen Seiten Anlehnung suchten. Der Bankrott wird nun vollends offenbar.

Offbericht.

Litau, 8. März. (Zweitbericht vom 7. März.)

Letztliche Formationen überschritten am 6. März die Winda bei Schraudon und drängten den gegenüberliegenden Gegner zurück. Eine Umgehungskolonne der Eisernen Division erleichterte wirksam das Vorgehen und warf den stärkeren Feind mit zahlreichen Maschinengewehren und zwei Geschützen in nördlicher und nordöstlicher Richtung zurück. Heute gingen Teile unserer Truppen von Telsch nach Zeigrdse vor. In andere Abteilungen der 1. Garde-Reservedivision der Richtung Ostjanah, während Teile der Eisernen Division in der Richtung Neisse Boden gewonnen. Der Panzerzug Nr. 15 stieß bis Kurkhan vor, verjagte einen feindlichen Panzerzug, beschloß ein gerade aus Mitau eingetroffenes Bataillon, erbaute den Transportzug dieses Bataillons mit allem Inhalt, koppelte ihn an und brachte ihn (16 Wagen) nach Mirajowo zurück, ohne eigene Verluste. Die Befehlsstelle des Zuges bestand aus Gardebataillon, Führer war Leutnant Stuchling. Gestern ist aus Rowno eine Abordnung der litauischen Regierung hier eingetroffen.

Man fragt sich bei diesen Berichten, was eigentlich im Osten vorgeht. Führen wir gegen die Bolschewisten einen Angriffs- oder Verteidigungskrieg? Es ist dringend nötig, daß die Regierung sich einmal darüber ausläßt, was eigentlich im Osten los ist.

„Der erschreckende Ernst der Lage.“

Der Lebensmittelkontrollor Roberts über die Lage in Deutschland.

London, 7. März. (Reuter.)

In einer Rede in New-Castle sagte der Lebensmittelkontrollor Roberts, in großen Gebieten Europas sei die Lage tragisch. In Rumänien, Serbien, Oesterreich und Deutschland herrsche Hungersnot. Seit Abschluß des Waffenstillstandes hätten die Alliierten für alle diese Länder getan, was sie tun konnten, aber das sei noch nicht genug, und es ergebe sich jetzt die Frage, ob sie imstande sein würden, genügend Lebensmittel für diese Länder aufzutreiben, um eine Katastrophe zu verhindern. Der wirtschaftliche Rat in Paris tue alles, um der Lage gerecht zu werden. England könnte nicht ruhig zusehen, wie Europa hungere und selbst aus dem Vollen leben. Wir wollen, sagte Roberts, helfen, und wenn diese Hilfe bedeutet, daß die Lage hier nicht so sehr bessert, wie sie es unter anderen Umständen tun würde, so bin ich sicher, daß man nicht murzen wird. Sobald man hier den erschreckenden Ernst der Lage, die sich in Europa entwickelt, einseht, wird die Bevölkerung nicht zögern, selbst von der Regierung eine Intervention zu verlangen.

Wilson über den Segen des Völkerbundes.

Deutschlands Rolle beim Kriegsbeginn.

New-York, 7. März. (Gawab.)

In seiner Rede in der Metropolitan Opera sagte Wilson u. a. Ich werde erst dann heimkehren, wenn alles beendet sein wird, und ich hoffe im Interesse des Friedens, daß dies bald geschieht. Das erste, das ich den Männern jenseits des Ozeans berichten werde, ist, daß sich eine mächtige Mehrheit des amerikanischen Volkes zugunsten des Völkerbundes ausgesprochen hat. Ich weiß, daß dies der Fall ist.

Der Völkerbund will die Entwicklung der Intrigen gegen den Frieden überwachen. Der Bund kann selbst durch eine bloße Diskussion die Intrigen töten. Deutschland hätte den Krieg vermeiden können, wenn es die Welt eine Diskussion über den Angriff gegen Serbien hätte eröffnen lassen; auch wenn diese auch nur eine Woche gedauert hätte. Das englische Auswärtige Amt hätte eine Frist von ein oder zwei Tagen gebittet, damit die Vertreter der Nationen hätten zusammenzutreten und die Möglichkeit einer Beilegung des Konfliktes hätten besprechen können. Deutschland hat nicht einmal den Mut gehabt, eine einstündige Besprechung zuzulassen. Wir halten es für sicher, daß Frankreich und Rußland selbst hätte erklären würde, sich nicht in das Kriegsabenteuer gefügt haben würde.

Nicht die Staatsmänner, sondern die Völker haben selbst an die Welt appelliert und Gerechtigkeit, Freiheit und Schutz verlangt. Keine Regierung der Welt hat vor dem Kriege auf sie gehört.

Die Seele der Welt ist jetzt erwacht; sie muß ihre Befreiung finden. Die Wüstung unter der europäischen Bevölkerung ist nicht allein auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen. Ihre Ursprung liegt tiefer. Da die Völker sehen, daß ihre Regierung unfähig sind, sie gegen die Intrige oder den Angriff zu verteidigen, sagen sie sich, daß hier eine grundlegende Ursache dafür vorhanden sein müsse. Die Nationen sind nicht geschaffen, um ihren Führern ohne Einwirkung, sondern um den Männern, Frauen und Kindern Sicherheit, Glück und Wohlfahrt zu bringen. Die heutige Welt glaubt an uns, sie zählt auf uns, und sie würde in die Verzweiflung zurückgeworfen werden, wenn wir unserer Mission nicht treu blieben.

Die Sitzungen des Zentralrates. Der Zentralrat hat in verschiedenen Sitzungen die für den Atektionarech nötigen Vorbereitungen getroffen. Er hat eine besondere Kongresskommission gewählt, die alle den Kongress betreffenden Fragen zu erledigen hat. In den nächsten Tagen werden Tagesordnung und Versammlungsort festzulegen. Eine preussische Verordnung betreffend die Rechtsstellung der Landgenossenschaft wurde verabschiedet. Am 8. März fand eine gemeinsame Sitzung mit den preussischen Ministern statt.

Entlassung von Freiwilligen des Jahres 1899. Die R. A. meldet: Freiwillige des Jahres 1899 dürfen entlassen werden, wenn es die Demobilisierungsgesetze gestatten und wenn sie bei tageweiser Anwesenheit der Kriegsdienstzeit zwei Jahre drei Monate aktiven Dienst geleistet haben.

Auch eine Anfrage. Aus dem Haag wird gemeldet: In einem Ausschuss des belgischen Senats fragte ein Mitglied, ob die Regierung Anstalten getroffen habe, den Deutschen die Annahme der belgischen Farben, Schwarz-Rot-Gold, zu verbieten. Der Minister antwortete, er wisse nicht, wie das anzufangen wäre.

Rücktritt des Ministeriums. Aus Kopenhagen wurde gemeldet, daß das Ministerium Zable angesichts der Opposition der konservativ-agrarischen Landtagsmehrheit zurückgetreten ist.

Demokratische Kandidaten für äußere Politik: Dr. Erich Raab, Oberstaatssekretär für innere Politik; Karl Betzer, Neubürger; für Kommunalpolitik: Dr. Heinrich Heine; für soziale Politik: Dr. Heinrich Heine; für auswärtige Politik: Dr. Heinrich Heine; für die Reichsregierung: Dr. Heinrich Heine.

Dies und Verlag: Rudolf Moise, Berlin.
Stern 1. Blatt.

